

PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

Bildungs-PK zur Gemeinschaftsschule

160 Schulstandorte in Bayern in Gefahr: Kommunalpolitiker von CSU und SPD legen alternatives Konzept vor

Martin Güll, Vorsitzender des Bildungsausschusses und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion,

Dr. Ernst Rösner, Institut für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund,

Claudia Forster (CSU), 1. Bürgermeisterin von Denkendorf, Lkr Eichstätt (Obb),

Siegfried Heß (CSU), 1. Bürgermeisterin der Stadt Leutershausen, Lkr Ansbach (Mfr),

Stefan Klaubert (SPD), 3. Bürgermeister der Stadt Arzberg, Lkr Wunsiedel (Ofr),

und

Jürgen Sommer (SPD), 1. Bürgermeister der Martgd. Donaustauf, Lkr Regensburg (Opf)

19. Mai 2014, 11.00 Uhr
PK-Raum 211, Bayerischer Landtag

Fast unbemerkt und überlagert von der alles beherrschenden G8/G9-Diskussion erteilte Kultusminister Spaenle den beiden Gemeinden Denkendorf und Kipfenberg im oberbayerischen Altmühltal (Landkreis Eichstätt) mitten in den Osterfeiertagen eine Absage für die Etablierung einer Gemeinschaftsschule.

Die Schulen in Denkendorf und Kipfenberg stehen wie rund 160 weitere vor der Frage, wie sie ihre Schulstandorte nach der Grundschule erhalten können.

Beide Gemeinden haben sich deshalb vor rund drei Jahren gemeinsam mit dem Schulentwickler Dr. Ernst Rösner und Schulexperten aus mehreren Bundesländern auf die Suche nach einer Alternative zu der von der Staatsregierung verordneten Mittelschule gemacht.

Nachdem die Befürchtungen vieler Kommunen und auch Schulen größer wurden, dass die Umwandlung der Hauptschulen zu Mittelschulen und die Bildung von Mittelschulverbänden keine nachhaltige Lösung sein werden, entwickelte die SPD-Landtagsfraktion 2011 in Anlehnung an Konzepte in Schleswig-Holstein und später in Baden-Württemberg das pädagogische Konzept einer bayerischen Gemeinschaftsschule. Demnach sollten künftig die Schüler nach der Grundschule nicht mehr in die verschiedenen Schularten aufgeteilt werden, sondern bis zur 10. Klasse unter einem Dach mit der Möglichkeit der Erlangung aller Abschlüsse länger gemeinsam lernen.

Am Beispiel der Schulstandorte Denkendorf und Kipfenberg konnte durch ein von Dr. Ernst Rösner erstelltes Standortgutachten nachgewiesen werden, dass in beiden Gemeinden ausreichend Schüler im Alter von 10 bis 16 Jahren vorhanden sind, um eine Schule der Sekundarstufe I, also von der 5. bis zur 10. Klasse zu betreiben. Einzige Bedingung: Rund zwei Drittel der Kinder und ihrer Eltern müssten sich für die Gemeinschaftsschule am Ort entscheiden.

Nach einem zweijährigen Vorbereitungsprozess, in dem ein passgenaues pädagogisches Konzept erstellt wurde, sprachen sich in den verschiedenen Altersgruppen bis zu 80 Prozent der Eltern in einer geheimen Umfrage für den Besuch einer Gemeinschaftsschule aus.

Der am 18. Juli 2013 von den beiden Bürgermeistern gestellte Antrag an das Kultusministerium wurde mit Schreiben vom 10. April 2014 abgelehnt. Begründung: *„Die Bayerische Staatsregierung hält an der Ansicht fest, dass innerhalb des bestehenden differenzierten*

Schulsystems in Bayern die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler gewährleistet ist. Deshalb ist es nicht notwendig, die bestehenden Schularten durch neue zu ergänzen. Statt auf die Änderung von Schulstrukturen setzt Bayern auf die innere Weiterentwicklung der bewährten Schularten. Eine Einführung von Gemeinschaftsschulen ist auch für die Zukunft nicht angedacht, eine Erprobung infolgedessen nicht notwendig.“

Nach einer Untersuchung der SPD-Landtagsfraktion, die auch durch Daten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) weitgehend bestätigt werden, sind derzeit rund 163 Mittelschulstandorte in Bayern z.T. sehr stark gefährdet. 20 von ihnen sind formal zwar noch nicht geschlossen, haben aber keine Schüler mehr. 57 Mittelschulen sind nur noch sog. „Zahnlückenschulen“, d.h. sie haben nicht mehr in allen Jahrgangsstufen eine Klasse. In einigen Schulhäusern gibt es teilweise nur noch eine einzige Klasse. Der Rest, also 86 Schulen, sind hart an der Einzigkeit, d. h. sie haben in jedem Jahrgang nur noch eine Klasse, die teilweise nur noch 12 und 13 Kinder hat.

Hier der Link zur interaktiven Landkarte von google-maps:

<https://mapsengine.google.com/map/edit?mid=zjKAlZ1lhKgo.k4bpMb8W7Kfk>

Nach Überzeugung der SPD-Landtagsfraktion stehen diese Schulen in den nächsten 4 – 5 Jahren vor dem Aus. Das Konzept der Gemeinschaftsschule könnte diese Standorte nahezu alle nachhaltig sichern.

Dass diese Prognose zutrifft, zeigen drei weitere bayerische Kommunen, die ebenfalls für ihre Schulen eine Standortanalyse anfertigen ließen und sich nach dem positiven Ergebnis ebenfalls an die Entwicklung eines pädagogischen Konzepts für eine Gemeinschaftsschule machen. Im Einzelnen sind das folgende Kommunen:

- Stadt Arzberg im Landkreis Wunsiedel in Oberfranken (Antrag wurde beim Kultusministerium bereits gestellt, aber noch keine Antwort)
- Marktgemeinde Donaustauf im Landkreis Regensburg in der Oberpfalz (Antrag wird gerade erarbeitet)
- Stadt Leutershausen im Landkreis Ansbach in Mittelfranken (derzeit wird gerade das pädagogische Konzept erarbeitet und im Sommer der Antrag eingereicht)

Weitere bayerische Kommunen wie Buch am Erlbach im Landkreis Landshut in Niederbayern lassen ebenfalls Standortgutachten erstellen.

Die Ablehnung von Gemeinschaftsschulen ist für den Schulentwicklungsforscher Dr. Ernst Rösner unverständlich: *„Der gemeinsame Antrag der Sachaufwandsträger Denkendorf und Kipfenberg ist Ausdruck ihrer großen Sorge um die Bestandssicherheit und Qualität weiterführender Bildung in den beiden Gemeinden. Der überparteilich einvernehmliche verfasste, von ausgewiesenen Schulexperten mitgetragene und von der örtlichen Wirtschaft aktiv unterstützte Antrag macht unmissverständlich deutlich, dass mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule eine pragmatische und – fern jeder Ideologie – eine Weiterentwicklung des kommunalen Bildungsangebotes angestrebt wird. Indem nun der zuständige Bayerische Staatsminister Dr. Spaenle diesen nach Art. 81 ff. des BayEUG grundsätzlich zulässigen Antrag ablehnt, verzichtet er auf Antworten, die zur Lösung der in Denkendorf und Kipfenberg erkannten Probleme führen. Nach dem Muster der sehr grundsätzlich angelegten Ablehnung steht zu erwarten, dass auch andere Sachaufwandsträger, die sich mit Überlegungen zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule tragen, einen abschlägigen Bescheid erhalten werden. Vor diesem Hintergrund steht die Causa Denkendorf/Kipfenberg exemplarisch für den Umgang mit den nachvollziehbaren Sorgen um den Fortbestand weiterführender Bildung bei einer steigenden Zahl von Sachaufwandsträgern.“*

Die SPD-Landtagsfraktion wird an der Forderung nach Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen an den Schulstandorten festhalten, wo die Schulaufwandsträger und die Schulfamilie dies als Lösung für ihre Schulstandortgefährdung oder als das bessere pädagogische Konzept beantragen werden.

Noch bis zur Sommerpause des Bayerischen Landtags wird der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Güll, in allen 7 Regierungsbezirken die Bürgermeister der gefährdeten Schulstandorte zu einem Informationsaustausch einladen.